

Zur Einführung einer Abgabe für Fördermassnahmen im Energiebereich Die FDP übernimmt Verantwortung

Von Christine Frey

Die Baselbieter FDP musste aufgrund ihrer klaren Ja-Parole zum neuen Energiegesetz mehr oder minder qualifizierte Kommentare zur Kenntnis nehmen. Die Partei habe mit ihrer Zustimmung zu den vorgesehenen Energie-Förderbeiträgen ihr liberales Erbe verraten. Sie habe sich auf einen sozialistischen Pfad begeben. Welch ein Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall.

Noch hallen mir die Stimmen der Vergangenheit in den Ohren, welche der FDP vorwarfen, sich nicht um eine nachhaltige Energiestrategie zu bemühen und den linken und grünen Parteien dieses Feld zu überlassen. In der Tat hat sich die FDP lange Zeit nicht um dieses Thema bemüht. An einem Sonderparteitag im 2011 hatte die Baselbieter FDP aber dann klar deklariert, sich für Anstrengungen bei der Energieeffizienz und für effizientere Energienutzung einzusetzen.

Realpolitik ist gefordert

Im Jahr davor hatte das Baselbieter Stimmvolk klare energiepolitische Ziele gesetzt: Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch ohne Mobilität 40 Prozent betragen. Danach folgte der Auftrag, das Energiegesetz zu revidieren.

Für die FDP stellte sich nun die Frage, ob sie ihre Grundhaltung der tiefen Steuern höher wertet als energiepolitisch Verantwortung zu übernehmen – dies notabene mit einer zeitlich begrenzten Abgabe. Es ist aber falsch, sich nur auf den finanzpolitischen Aspekt zu konzentrieren und dem Reflex zu verfallen, die Vorlage deshalb kategorisch abzulehnen. Vielmehr sind hier ein «big picture» und Realpolitik

Es ist ein grosses Verdienst der FDP, dass das Gesetz keine Zwänge generiert.

gefordert. Wir leben in einem Land, das sich eine nachhaltige Energiepolitik auf die Fahne geschrieben hat und bereit ist, dafür einiges in Kauf zu nehmen. Dazu gehören strengere Vorschriften, nach unten korrigierte Werte und Massnahmen, die Kosten verursachen. Auf den Punkt gebracht, behaupte ich: Ein gutes Gewissen gibt es nicht zum Nulltarif.

Die FDP ist und bleibt die Partei der Eigenverantwortung und des umsichtigen Handelns. Sie ist aber auch die Partei der klugen Kompromissfindung, der starken und mehrheitsfähigen Lösun-

gen. Es ist ein grosses Verdienst der FDP, dass das neue Energiegesetz keine Zwänge generiert, sondern auf Anreize und Freiwilligkeit setzt und dem Verursacherprinzip Rechnung trägt.

Lösung ist mehrheitsfähig

Obwohl Gegner der Vorlage dies gerne behaupten, wird keine neue Steuer eingeführt, welche die Allgemeinheit belastet und erfahrungsgemäss nicht mehr wegzubringen ist. Dafür würde die FDP auch nicht Hand bieten. Weil aber der Spielraum der Kantonsfinanzen ausgeschöpft und der vom Landrat bewilligte Kredit für energetische Sanierungsmassnahmen bald aufgebraucht ist, musste eine neue, mehrheitsfähige Lösung gefunden werden. Die nun vorgeschlagene Abgabe ist aus freisinniger Sicht akzeptabel. Denn sie ist klar definiert und moderat, trägt dem Verursacherprinzip Rechnung und ist zeitlich begrenzt. Spätestens 2030 wird sie abgeschafft. Das wird gleich doppelt garantiert: sowohl im Gesetz als auch in der Verfassung. Und falls es bereits vor 2030 keine unterstützungsberechtigten Projekte mehr gibt, weil der Gebäudepark energetisch fertig saniert ist, fällt die Abgabe schon früher dahin.

Für die FDP als Partei, der grosse Kompetenz im wirtschaftspolitischen

Bereich zugeschrieben wird, ist aber auch offensichtlich, dass das revidierte Energiegesetz unseren Baselbieter Unternehmen keine Knüppel zwischen die Beine werfen darf. Tatsächlich können sich alle Unternehmen, die im Rahmen des Grossverbrauchermodells und des KMU-Modells Energieeffizienzmassnahmen umsetzen, unbürokratisch von der Abgabepflicht befreien lassen. Und: Wer bereits in Energieeffizienz investiert hat, kann sich das anrechnen lassen. Last, not least garantiert eine Härtefallregelung, dass in begründeten Fällen die Abgabepflicht ganz dahinfällt.

Fazit: Mit ihrer klaren Parole «2x Ja zu Energie-Fördermassnahmen im Baselbiet» bleibt die FDP nicht nur konsequent ihrer liberalen Linie treu. Sie nimmt auch ihre Verantwortung wahr: energiepolitisch, finanzpolitisch, wirtschaftspolitisch und staatspolitisch.



Christine Frey ist Landrätin und Präsidentin der FDP Baselland.

Noch eine Überbauung

Einwohnerrat heisst Quartierplan für 100 Wohnungen gut

Von Christian Fink

Liestal. «Wie ich sehe, sind sie zum Quartierplan Aurisa insgesamt positiv eingestellt», sagte Stadtrat Franz Kaufmann (SP), nachdem sich die Fraktionssprecher im Einwohnerrat zu den Quartierplanvorschriften zur Bebauung des Konrad-Peter-Areals geäussert haben. «Ich bin sicher, dass dem Quartierplan an der zweiten Lesung zugestimmt werden kann.» Danach folgt die öffentliche Planaufgabe und der Segen der Regierung.

Was jetzt aber vor allem noch fehlt, ist ein Investor, der das Areal der ehemaligen Maschinenfabrik bebaut. Die Grundeigentümerin hofft, dass durch die Erstellung des Quartierplans rascher ein Investor gefunden wird. Das mit dem Projekt verbundene Investitionsvolumen wird auf 45 Millionen Franken geschätzt.

Vorgesehen ist eine Wohn- und Geschäftsüberbauung mit rund hundert Dreieinhalb- bis Fünfeinhalb-Zimmer-Wohnungen im mittleren Preissegment sowie mit Geschäftsflächen im Parterre. Das Baukonzept sieht auf dem Gebiet zwischen Ergolz, Orisbach, Grienmattweg und Gasstrasse eine qualitativ hochstehende, auf zwei Seiten geöffnete, eingewinkelte Bebauung vor, deren Innenhof tagsüber genutzt werden kann.

Gute Architektur erwünscht

Die Bau- und Planungskommission (BPK) steht der Quartierplanung grundsätzlich positiv gegenüber. Insbesondere begrüsst sie, so BPK-Präsident Thomas Eugster, «dass damit die Umsetzung der Masterplanung Zentrum Nord einen weiteren Schritt in Richtung Vollendung macht». Damit würden Gebiete an zentraler Lage optimal genutzt und aufgewertet. Die Kommission verspricht sich vor allem von der in Aussicht gestellten Tagesnutzung im Innenhof des Gebäudes interessante Möglichkeiten.

Die Kommission lege grossen Wert auf eine «gute» Architektur, was für die Öffentlichkeit vor allem bei der Fassadengestaltung zum Ausdruck kommen soll. Sie ermuntert deshalb den Stadtrat, bei der Umsetzung des Quartierplans Aurisa hinsichtlich Erscheinungsbild «gegebenenfalls korrigierend einzuwirken» – wie dies kürzlich beim Bauprojekt im Rahmen des Quartierplans Rebgarten geschehen ist.

Die Kommission weist überdies darauf hin, dass die Erschliessung des Stedtli für Fussgänger aus den Quartierplänen Nord verbessert werden müsse. Sie fordert den Stadtrat auf, sich bei den Eigentümern des Ziegelhofareals für eine gute Fussgängeranbindung ins Stedtli einzusetzen. Sie soll idealerweise mit einer optimierten Überquerungsmöglichkeit der Rebgrasse kombiniert werden.

Lernen zwischen Baumstämmen

Binningen versucht es erneut mit einem Waldkindergarten

Von Daniel Aenishänstin

Binningen. Im zweiten Anlauf soll es klappen. Sind mindestens 13 Kinder dabei, wird ab August 2017 im Binninger Waldkindergarten unterrichtet. Vergangenes Jahr wollten noch keine zehn Kinder den Wind und das Wetter hautnah erleben. Dies dürfte sich nun ändern. Rund 20 Familien bekundeten mit dem Besuch einer Info-Veranstaltung im Kronenmattsaal ihr Interesse am Kindergarten unter freiem Himmel.

«Die Eltern fürchten, ihr Kind könnte etwas verpassen, wenn es nicht in den Regelkindergarten geht», nannte Eva Helg einen möglichen Grund, warum der Waldkindergarten in Binningen nicht auf Anhieb Tatsache geworden ist. Helg ist pädagogische Leiterin der «Waldkinder St. Gallen», der Verein verfügt über 18 Jahre Erfahrung.

Weitere Gründe, warum Eltern ihre Kinder nicht in den Waldkindergarten schicken wollen, seien die Angst, es könne hinterher nicht mehr ruhig sitzen

oder «nach so viel Freiheit nicht mehr ins System Schulhaus passen».

Dass die Kindergartenklasse durch Interessenten des älteren Jahrgangs ergänzt werden könnte, erhöht die Wahrscheinlichkeit auf Unterricht unter Baumkronen. Die anwesenden Eltern jedenfalls sprachen sich positiv aus. «Wenn es gut anläuft», war sich eine Mutter sicher, «wird der Waldkindergarten zum Selbstläufer.» Ein Vater fand die Initiative «sehr lobenswert».

Waldkindergärtnerin gesucht

Bis es so weit ist, wird noch die eine oder andere Hürde zu nehmen sein. So muss etwa eine geeignete Lehrperson gefunden werden. Eine Kindergärtnerin oder ein Kindergärtner mit entsprechender Weiterbildung. «Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird Binningen eine passende Lehrperson finden», glaubt Eva Helg. Die Binninger Absicht, der Lehrperson noch ein bis zwei Praktikanten zur Seite zu stellen, «klingt wohlüberlegt».

Eine Knacknuss könnte der Transport der Kinder zum Waldrand werden. Jene Familien, die ihr Kind nicht zum Wald bringen können, wo sie die Lehrperson in Empfang nimmt, können auf einen Transportdienst zurückgreifen. Der ist aber nicht gratis. Schulratspräsident Sven Brüscheweiler geht von sieben Kindern aus, die transportiert werden müssten. Dies würde Kosten von zehn Franken pro Kind und Tag auslösen. Sind es mehr Kinder, wird es günstiger. Die Kosten tragen die Eltern. Auf die Frage einer Mutter, ob die Gemeinde diese Kosten nicht übernehmen könne, da die Kinder ja keine Infrastruktur benötigten würden, erklärte Brüscheweiler: «Es handelt sich um eine freiwillige Leistung, deshalb können wir den Transport nicht finanzieren.»

Bedenken äusserte ein Vater. Von Schulleiterin Sarah Gosteli wollte er wissen, ob sein Kind den Kindergarten wechseln könne, sollte es ihm nicht gefallen im Wald. Gosteli verneinte. Letztlich handle es sich um einen öffent-

lichen Kindergarten. Es bestehe dieselbe Schulpflicht, auch wenn der Unterricht im Wald stattfinde. Für einen Wechsel brauche es dieselben erheblichen Gründe. Eva Helg glaubt nicht, dass die Kinder mit der Natur ein Problem haben werden. «Wenn die Eltern hinter dem Entscheid stehen, sind die Kinder mit dabei», schilderte sie ihre Erfahrungen, «es ist doch schön, wenn man wählen kann.»

Kinder werden fit und schlafen gut

Helg betonte vor allem die Vorteile eines Waldkindergartens: «Eine Naturbeziehung von dieser Tiefe kann man in einem Innenraum nicht aufbauen», ist sie überzeugt. Die Eltern erhielten vielleicht ein paar Bastelarbeiten weniger als aus dem Regelkindergarten.

Dafür aber Kinder, die körperlich fit seien und abends gut einschlafen können. «Die Kinder bewegen sich im Wald viel und differenziert», sagte sie, «Bewegung macht glücklich.» Vielleicht findet Binningen ja dieses Mal 13 Glückliche.

Nachrichten

79-Jährige fährt Fussgänger an

Allschwil. Ein Fussgänger wurde am Mittwochmorgen auf der Baslerstrasse von einer 79-jährigen Lenkerin auf dem Fussgängerstreifen angefahren und schwer verletzt, die Unfallverursacherin erlitt einen Schock. Laut Mitteilung der Polizei befindet sich das Unfallopfer ausser Lebensgefahr. Zum Unfall kam es, weil die Lenkerin einen rückwärts einparkenden Personenwagen überholte und dabei den Fussgänger übersehen. Wegen des Unfalls musste der Tramverkehr für 40 Minuten unterbrochen werden. Auf der Strasse staute sich der Verkehr in beide Richtungen.

Polizei nimmt Einbrechertrio fest

Rheinfelden. Die Polizei hat am Mittwoch drei Männer verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, zuvor in ein Einfamilienhaus in Rheinfelden eingebrochen zu haben. Die Bewohnerin des Hauses hatte die Einbrecher bei der «Arbeit» gestört, worauf diese flüchteten. Die nach dem Alarm ausgelöste Fahndung hatte Erfolg. Eine Streife hielt ein Auto mit drei Georgiern an, die dem Signalement der Einbrecher entsprachen. Im Auto wurde Einbruchswerkzeug gefunden.

Schotten dicht gegen Lehrplan-21-Ideologie

Starke Schule reicht Blitzinitiative gegen das «unverbindliche Kompetenzen-Handbuch» ein

Von Daniel Wahl

Liestal. Das ging schnell: In den Sommerferien kündigte die Starke Schule Baselland, die den Lehrplan 21 und die Auswirkungen des Harnos-Konkordats bekämpft – die Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffhalten und Themen» an. Vier Wochen später seien die nötigen 1500 Unterschriften bereits gesammelt gewesen; «es lief äusserst gut», erklärte Alina Isler, Vorstandsmitglied der Starke Schule. Gestern jedenfalls übergab sie der Landeskanzlei 2602 Unterschriften.

Der Vorgang ist vor folgendem Hintergrund bemerkenswert: Bereits hat der Landrat einen Vorstoss von Regina Werthmüller (parteilos, vorher Grüne) überwiesen, wonach Themen und Lerninhalte im Kanton Baselland definiert werden müssen, um das Kompendium vom 3500 Kompetenzen im umstrittenen Lehrplan 21 zu ergänzen. Derzeit arbeitet die Bildungsdirektion daran, diesen Vorstoss umzusetzen. Ferner haben die Baselbieter beim Urnengang im Juni die Einführung von Sammelfächern wie «Natur und Technik», in welchem Biologie, Chemie und Physik vermolzen wären, versenkt. Indirekt wurde so der Lehrplan 21 zur Makulatur erklärt. Darüber hinaus habe Bildungsdirektorin Monica Gschwind in



Jonglage. Ziehen Initiative zurück, reichen neue ein: Alina Isler und Saskia Olsson von der Starke Schule. Foto D. Wahl

der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) darauf hingewirkt, dass der Lehrplan 21 zur «Mustervorlage» degradiert werden konnte, berichtet die Starke Schule und zitiert Gschwind als Beleg in der TagesWoche, wonach «die Kantone in der Ausgestaltung der eigenen Lehrpläne frei» sind. Insofern reüssierte die Starke Schule mit ihren Zielen. Der Lehrplan 21 als Harmonisierungs-Instrument ist kaputt. Weshalb braucht es denn eine neue Initiative?

Offenbar will die Starke Schule nun die Schotten dicht machen und den Lehrplan-21-Geist, der «kompetenzorientierten Unterricht» und «selbst gesteuertes Lernen» verlangt, gänzlich aus der Volksschule verbannen. Die Blitzinitiative verlangt mehr, als die Bildungsdirektion will: Themen und Stoff-

inhalte sollen nicht nur «verbindlich» eingeführt und im überarbeiteten Lehrplan mit den Lehrplan-21-Kompetenzen «mitgeführt» werden. Vielmehr verlangt die Initiative, dass «ausschliesslich Stoffinhalte und Themen massgebend» sind. Die Kompetenzbeschreibungen sollen fortan den Lehrern nur noch «als Hilfeleistungen» dienen.

Gemäss dem Modell, das die Bildungsdirektion derzeit ausarbeitet, hätten Kompetenzbeschreibungen einen zu hohen Stellenwert, und es wäre unklar, inwieweit die Unterrichtsphilosophie durch die Hintertür hereinkommt, begründete Saskia Olsson, Geschäftsführerin der Starke Schule.

Obschon die Bevölkerung im Juni die Obhut über den Lehrplan der Volksschule nicht in die Hände des Landrats geben wollte, sondern beim Bildungsrat belässt und indirekt den Lehrplan 21 bestätigt hat, nimmt die Starke Schule mit dem Initiativrecht nun politisch Einfluss auf die Ausgestaltung des Lehrplans. Olsson sieht es nicht als Widerspruch zum Volkswillen. «Damals wollten wir zu viel, jetzt geht es spezifisch darum, die Ideologie zu verhindern.»

«Die Initiative «Ja zum Austritt aus dem gescheiterten und überbeurten Harnos-Konkordat» wird zurückgezogen. «Sie ist unnötig geworden, es gibt keine Harmonisierung mehr», sagt Isler.

Wilderer erlegt und zerteilt Reh

Jagdgesellschaft Rothenfluh erstattet Strafanzeige

Rothenfluh. Bei einer Treibjagd im Rothenfluh Wald wurde der Kadaver eines Rehs entdeckt, das einem Wilderer zum Opfer gefallen sein dürfte. Nach einem Bericht der Volksstimme haben Jäger der Jagdgesellschaft Rothenfluh die Überreste des Tiers untersucht und beim Tier einen Durchschuss entdeckt. Aufgrund des Schusskanals gehe man von einer Kugel mit einem Kaliber von sechs bis sieben Millimetern aus. Die Täterschaft habe die Rehgeiss am Fundort fachmännisch zerteilt, wird Markus Weber, Präsident der Jagdgesellschaft zitiert. Nur Edelstücke wie Rücken, Keule und Schulterfleisch seien entnommen worden, alles Übrige sei liegen gelassen worden.

Die Jagdgesellschaft hat laut Volksstimme Strafanzeige gegen unbekannt erstattet. Wilderei kann gemäss Jagdgesetz mit einer Busse von bis zu 20 000 Franken oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Der finanzielle Schaden für die Jäger liegt bei wenigen Hundert Franken. ch